

17./II. 1918

Erklärungen des Staatssekretärs für Finanzen.

Der Staatssekretär des Staatsamtes für Finanzen Dr. v. Steinwender empfing gestern die Vertreter der Presse und äußerte sich ihnen gegenüber über eine Reihe aktueller Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Es ist notwendig, sagte Dr. Steinwender, daß die Öffentlichkeit unsere finanzielle Lage nicht schlechter ansieht, als sie tatsächlich ist. Daß die Lage schlecht ist, wissen wir alle. Das soll nicht in Worte gestellt werden, und es wäre falsch, die Bevölkerung irrezuführen, insbesondere, wenn es dahin kommen sollte, daß Deutschböhmen mit Tschecho-Slowaken vereint würde, dann wäre der übrigbleibende Teil Deutschösterreich recht schwach. Auch die Ankündigung der Vereinigung mit dem Deutschen Reich ist nicht geeignet, wirtschaftlich beruhigend zu wirken, wenigstens nicht für die nächste Zeit. Man wird alles versuchen müssen, daß die Unzufriedenheit darüber uns nicht allzu stark drückt.

Erhöhung der Getränkesteuern.

Von der Finanzverwaltung wird gewiß ehrlich getrachtet werden, aus der Wirrnis herauszukommen, und dabei muß natürlich an die Leistungsfähigkeit der Begüterten appelliert werden. Das, was früher etwa von den Begüterten geordert worden wäre, wird jetzt natürlich weit aus übertrieben werden müssen. Wir müssen die notwendigen indirekten Steuern, namentlich die Getränkesteuern, dadurch annehmbar machen, daß wir auch die großen Einkommen und die Vermögen entsprechend treffen. Ich werde zum Beispiel in der nächsten Zeit die Getränkesteuern in einer andern Weise vorlegen, als sie bisher in Vorbereitung

waren. Nachdem die südlischen Länder von uns abgetrennt werden, haben wir keine Ursache, die Weinsteuer nach Qualitätsunterschieden zu bemessen. Wir haben jetzt in den deutschösterreichischen Gebieten eine ziemlich einheitliche Weinanbauart und können deshalb eine reine Quantitätssteuer für Wein einheben. Wir werden setzen die Spiritussteuer so hoch einheben, wie es seinerzeit beabsichtigt war und in Ungarn bereits eingeführt wurde, und ich glaube, daß schon das nächste Jahr einen erheblichen Ertrag aus der Spiritussteuer aufweisen wird, da die zurückgebrachte Produktion sich höchstwahrscheinlich im nächsten Herbst vollständig erholen, möglicherweise bereits früher Erhöhungen aufweisen wird. Ich werde mit einer ganz neuen Biersteuer kommen, denn es ist lächerlich, daß für das „Krieger“ Bier, das heute über eine Krone kostet, bloß zwei Heller an Steuer gezahlt wird.

Namhafte Zuschläge zu den direkten Steuern. — Erhöhung der Einkommensteuer.

Damit aber eine solche Reihe von neuen Getränkesteuern bewilligt wird, müssen zugleich Steuern kommen, welche die größeren Einkommen und welche die Vermögen treffen. Es wird daher notwendig sein, eine Reihe von Zuschlägen im Abgeordnetenhaus erledigt war und dann im Herrenhaus gestanden ist: über die Zuschläge zu den direkten Steuern. Diese Zuschläge werden natürlich ganz anders ausschauen, als sie im Februar vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurden. Wir werden mit der Einkommensteuer jedenfalls so hoch gehen, daß wir dem Beispiel Englands nahekommen. Gleichzeitig werden die Ertragssteuern reformiert werden, ebenfalls in einer Weise, die weit über das hinausgeht, was die frühere Regierung getan hat und die sich das englische Vorbild als Muster nimmt: zunächst eine Besteuerung der ganzen Masse und dann eine andere Besteuerung, die sich nach Verwandtschaftsgraden richtet, wobei gerechtete, wenn auch strenge Unterschiede gemacht werden sollen. So werden, um auf ein Moment hinzuweisen, die Werdenden härter getroffen werden als die Besessenen. Die Abstrafungen sollen ganz andre als bisher sein. Allerdings schmeichle ich mir nicht, daß wir das in der Literatur festgestellte Ideal, wonach der Staat Miterbe sein soll, erreichen werden, aber einen großen Schritt nach dieser Richtung hin müssen wir machen.

Vorbereitung der Vermögensabgabe.

Das weitere, was in Angriff zu nehmen ist, ist die Vermögensabgabe, die sich jetzt natürlich ganz anders stellen wird als nach den Vorstellungen einer besseren Zeit. Entschieden haben wir uns in dieser Beziehung noch nicht. Es wird zunächst eine auf die engsten Kreise beschränkte Enquete abgehalten werden, die wahrscheinlich am Dienstag oder spätestens Mittwoch beginnt und voraussichtlich bis zum Ende der Woche durchgeführt sein wird. An der Enquete werden Vertreter der Banken, Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft teilnehmen. Für eine Reihe von Details wird die Mitwirkung von Sachmännern sehr notwendig sein, und deshalb ist diese Einladung von der Finanzkommission angeregt worden.

Wir müssen uns sofort bemühen, neue Einnahmen zu schaffen, wir müssen der Bevölkerung zeigen, daß wir den ehrlichen Willen haben, unsere Verpflichtungen nachzukommen. Das gebietet die Zeit. Wir haben den festen Willen, zu sparen, wir werden die Verwaltung sehr einschränken, wenngleich diese Einschränkung in der nächsten Zeit nicht sehr groß sein kann, da wir die Beamten und andern Kreise nicht ohne Versorgung lassen können.

Die Zukunft Wiens.

Wir werden uns für die Zukunft etwa mit Bayern vergleichen können und mit einer kleinen Anzahl von Ministerien auskommen müssen. Wir stimmen ja mit diesem Lande in vielem überein, auch an Bevölkerungszahl und sonst in der Rolle, welche die Hauptstädte dieser beiden Länder hier wie dort spielen werden. Die Zukunft Wiens wird gewiß nicht katastrophal sein, ich zweifle nicht an ihr; Wien wird seine Stellung als Industriort nicht einzühen, oder es wird in manchen andern Zweigen notwendigerweise zurücktreten, zum Beispiel der Wiener Handel in Waren wie in Effekten eine Einbuße erleiden. Die Banken, die bei uns aufgebaut waren auf der Grundlage eines Staatswesens von 30 Millionen, verfügen jetzt vielleicht über einen viel zu großen Apparat für unsere bescheidene Existenz. Das alles wird sich nicht verzweifelt gestalten, und die jüngeren unter den Mitlebenden werden gewiß noch eine bessere Zeit erleben. Diese Hoffnung ist gerechtfertigt, wenn die Bevölkerung in ihrem Streben nicht nachläßt, und wenn wir durchhalten, dann brauchen wir an der Zukunft nicht zu verzweifeln.

Gegen die Unterbietung der Kriegsanleihe.

Gewisse Erscheinungen, die sich jetzt zeigen, müssen energig bekämpft werden. Vor allem das letzte Urteil über die Kriegsanleihe

von der Kriegsanleihe nicht wissen wollen. Der tschecho-slowakische Staat neigt nicht auf diesem Standpunkte. Zwischen den beiden wohlhabenden Stämmen und Staaten des alten Oesterreich wird sich ein paralleles Vorgehen in der Kriegsanleihe entwickeln. Es wird die Staatsschuld Oesterreichs von allen Teilkraaten übernommen werden. Wir in Deutschösterreich werden die Verhandlungen vorbereiten, aber nicht die Entscheidung herbeiführen können, das wird schließlich der Friedenskonferenz überlassen bleiben. Wir werden ein Maß aufstellen, verschiedene Gesichtspunkte und Gründe geltend machen. Die österreichische Staatsschuld wird bestimmt aufgeteilt und übernommen werden.

Die bevorstehende deutschösterreichische Anleihe.

Es gibt mehrere Umstände, welche die derzeitige niedere Bewertung der Kriegsanleihe als unrichtig erkennen lassen. Der deutschösterreichische Staat wird demnächst eine Anleihe ausgeben, die mit vier Prozent verzinslich sein und bei voller Einzahlung in Noten zu einem Kurse von 97 und bei einer Einzahlung von einem Viertel des Anleihebetrages in Kriegsanleihen (nach ihrem feinerzöttigen Emissionskurs) zu einem Kurse von 99 aufgelegt werden wird. Das wird ganz gewiß für die Kriegsanleihe von günstigem Einfluß sein. Ferner wird es demnächst doch zu beträchtlichen Einzahlungen der Kriegsteuern kommen. Daß die Kriegsteuer wie alle andern direkten Steuern durch Jahre nicht gezahlt werden, das wird von nun an nicht eine Woche länger geduldet werden. Es handelt sich um die Kriegsteuern für die Jahre 1915, 1916 und 1917. Nun kann die Kriegsteuer bekanntlich auch in Kriegsanleihe entrichtet werden. Und das wird selbstverständlich dem Kriegsanleihekurs zugunsten kommen. Endlich werden die Demobilisierungsgüter bekanntlich gegen Abstattung in Kriegsanleihe erworben werden können. Es ist daher nicht bezweifelhaft, daß die Kriegsanleihe in ihrem Preise so tief heruntergedrückt werde.

Das Hamstern von Banknoten.

Eine andre Erscheinung, gegen die zu Feld gezogen werden muß, ist die unnütze Aufhäufung von Banknoten, die zu einem Banknotenmangel führt, obwohl wir heute ungefähr fünfsechsmal soviel Banknoten haben als in normalen Jahren. Die Bewegung ist ausgegangen von den Bauern, die gefüllte Briefstücken für gut halten. Man sollte doch nicht übersehen, daß, wenn wir einen Krach erleben, nicht nur die verzinslichen Effekten, sondern auch die unverzinslichen Noten in gleichem Maße leiden würden. Wir werden aber keinen Krach bekommen, wir werden nicht zugrunde gehen, der Staat wird sowohl seine Verpflichtungen gegen die Notenbank wie die gegen die Bevölkerung erfüllen.

Staatssekretär Dr. Steinwender machte sodann noch eine Reihe von Mitteilungen. Er erklärte, daß der Nationalversammlung vom Staatsrat der Auftrag unterbreitet werden soll, der Regierung eine Kreditvermächtnis bis zum Ausmaß von zwei Milliarden zu erteilen. Die gegen Monatsende ausfallende deutschösterreichische Staatsanleihe soll eine Milliarde bringen. Die Anleihe wird nach zwei Jahren vom Besitzer halbjährig kündbar sein. Aus der Nationalversammlung sollen nach den Ansichten der Finanzkommission drei Kontrollorgane für den Staatsschulden dienst gewährt werden, die eine ähnliche Aufgabe wie die Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates zu besorgen hätte. Bei der Begebung der deutschösterreichischen Staatsanleihe wird in besonderem Maße auf die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Raiffeisenkassen gedacht, die über große Geldmittel verfügen. Der Wert der Demobilisierungsgüter wurde bis vor einiger Zeit mit zehn Milliarden veranschlagt, selber sind allerdings durch die bekannten Vorgänge große Einbußen erlitten worden. Die Demobilisierungsgüter befinden sich zum hauptsächlichsten Teil in deutschösterreichischen Staatsgebieten. Der Staatsrat wird in der nächsten Zeit eine Reihe von Kundmachungen erlassen zur raschen Eintreibung der Steuern, darunter eine betreffend Begünstigung für Vorauszahlungen von Steuern. Die rückständigen Lieferungs schulden der Kriegsverwaltung wurden, wie der Staatssekretär erklärte, schon mit 600 bis 700 Millionen Kronen besetzt; die rasche Abstattung dieser Schulden leidet unter dem Banknotenmangel. Die Reihenfolge der Rückzahlungen werde nach Maßgabe des Erfordernisses für Lohnzahlungen in den betreffenden Betrieben, ferner für notwendige Warenankäufe u. dgl. bestimmt werden.